

hatte gehofft, er würde mich unterbrechen und mir die Frage ebenfalls stellen.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Leute, das muss doch alles so nicht sein! Wir haben doch mit der Digitalisierung die Chance, für die Kunden all diese Strukturen vergessen zu machen. Wir können doch ganz andere Dinge inzwischen digital regeln, die in Wahrheit viel komplexer sind.

(Beifall von der CDU)

Deswegen kümmern wir uns auch um E-Ticket und E-Tarif. Wir schaffen damit ein besseres Angebot.

(Carsten Löcker [SPD]: Das löst nicht die Finanzierungsprobleme!)

Sie wollen eine ÖPNV-Abgabe. Es ist ja gar nicht so schlimm, dass in der Demokratie auch mal Unterschiede deutlich werden. Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss und auf das weitere sachkundige Vertiefen dieses Themas. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, lieber Herr Minister Wüst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Das bleibt auch nach einem Blick in die Runde so. Wir sind damit am Schluss der Aussprache angelangt.

Somit können wir zur Abstimmung kommen, und zwar in diesem Falle über die Empfehlung des Ältestenrats, der uns nahelegt, den **Antrag Drucksache 17/10628** an den **Verkehrsausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich frage, ob es hierzu Gegenstimmen gibt. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich die einstimmige Zustimmung zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Wir kommen zu:

9 Straftaten mit legalen und illegalen Waffen: Auf welcher Grundlage wird das Waffenrecht verschärft?

Große Anfrage 18
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8210

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/9883

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der AfD Herrn Abgeordneten Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man über das Thema „Waffen in Deutschland“ spricht, hilft es vielleicht, sich über die Entstehungsgeschichte unseres heutigen Waffenrechts im Klaren zu sein.

August Bebel und Karl Liebknecht, die Gründerväter der deutschen Sozialdemokratie, setzten sich beispielsweise im deutschen Kaiserreich dafür ein, dass sich die breite Masse des deutschen Volkes bewaffnen darf. Sie misstrauten dem Obrigkeitsstaat und den Organen und sahen in einer breiten Bewaffnung des Volkes den besten Schutz vor Tyrannei.

Die weitere deutsche Geschichte sollte ihnen recht geben. Es waren insbesondere die Nationalsozialisten, die unmittelbar nach der Machtergreifung begannen, weite Teile der Bevölkerung zu entwaffnen. Es begann mit den Juden schon 1933 und wurde nach und nach auf weite Teile der Bevölkerung ausgeweitet.

In der Nachkriegszeit kehrte man in Westdeutschland zu einem einigermaßen liberalen Waffenrecht zurück, während das SED-Regime im Osten lieber ein unbewaffnetes Volk unterdrückte und privaten Waffenbesitz quasi abschaffte.

Seither ist das Waffenrecht zunächst im Westen und dann im wiedervereinigten Deutschland immer wieder verschärft worden. Legalwaffenbesitzer stehen inzwischen unter Generalverdacht und müssen schon bei kleinsten Vergehen um ihre Genehmigung fürchten. Ja, es reicht sogar, wenn man Onlinepetitionen unterschreibt, die der Regierung nicht gefallen.

Die EU-Waffenrichtlinie, die den Anstoß für die letzte Verschärfungswelle lieferte, ist für die Waffenpolitik der letzten Jahre exemplarisch. Erst wird ein Anlass gefunden, der die Menschen in Angst versetzt. Im konkreten Fall waren es die islamistischen Terroranschläge auf die Brüsseler U-Bahn und den Brüsseler Flughafen.

Zur Erinnerung: Die Täter konnten, obwohl sie den Sicherheitsbehörden bekannt waren, wochenlang unbehelligt kreuz und quer durch Europa fahren und im Gepäck Sprengstoff und AK-47-Gewehre, also Kalaschnikows, mitführen – Waffen, für die die Täter natürlich nirgends eine Erlaubnis hatten; es waren also illegale Waffen.

Diese Anschläge, die – man muss es noch einmal betonen – mit illegalen Waffen durchgeführt wurden, waren der Anlass, die Rechte der Legalwaffenbesitzer wieder einmal zu beschneiden. Das ist symptomatisch, und deshalb haben wir die nun mit einiger Verspätung beantwortete Große Anfrage gestellt.

Herzlichen Dank vonseiten meiner Fraktion an die Beamten und Mitarbeiter der Landesregierung, die an der Auswertung beteiligt waren. Das soll allerdings nicht heißen, dass die Antwort an sich

umfassend, vollständig oder zufriedenstellend war – im Gegenteil. Aber dazu komme ich gleich noch.

Was sich aus der leider etwas knappen Beantwortung an manchen Stellen ablesen lässt, ist für uns zwar nicht überraschend, aber doch bemerkenswert. Legalwaffenbesitzer – davon gibt es in Nordrhein-Westfalen ganze 500.000 – spielen in der Kriminalitätsstatistik überhaupt keine Rolle. Zieht man die Besitzer des Kleinen Waffenscheins, der ja relativ freihändig vergeben wird, ab, kam es in den letzten drei Jahren im Schnitt zu jeweils 110 Straftaten und keineswegs immer zu schweren Straftaten. Das ist ein winziger Bruchteil der Straftaten, die mit illegalen Waffen begangen werden.

Das ist auch kein Wunder; denn unsere Grenzen sind bekanntlich sperrangelweit offen für Drogen, Menschen und auch Waffenhändler. Wir wissen nicht genau, was da jeden Tag ins Land kommt, aber wir können es manchmal erahnen. Denn ab und zu finden ja Grenzkontrollen statt – meistens dann, wenn die Politik Angst um sich selbst hat, wie zum Beispiel beim G20-Gipfel in Hamburg.

Jedes Mal, wenn solche Kontrollen stattfinden, findet die Polizei, die keineswegs jedes Auto durchsucht, unzählige Schusswaffen – neben Drogen, gesuchten Verbrechern und illegalen Migranten. Darüber breitet man dann schamvoll einen Mantel des Schweigens, macht weiter wie bisher, und die Kalaschnikows, Granatpistolen, Kriegswaffen und Ähnliches, was in der Beantwortung der Anfrage vorkommt, kommen weiter ungehindert ins Land.

Wer hingegen Jäger ist und kein Terrorist, wer Sportschütze ist und kein Berufskrimineller, darf auf so viel Großzügigkeit nicht hoffen. Da wird mit aller Härte des Gesetzes und darüber hinaus gegängelt und verboten. Es reichen kleinste Verfehlungen oder auch schon mal ein regierungskritischer Kommentar im Internet.

Wir kennen das von SPD und Grünen seit Jahren. Da standen Jäger und Sportschützen schon immer unter Generalverdacht und wurden nach allen Regeln der Kunst – zuletzt durch das berühmte Remmel'sche Jagdgesetz – an die Kandare genommen. CDU und FDP haben hingegen jahrelang ein bisschen Widerstand simuliert. Aber irgendwie geht es dann doch immer weiter in die gleiche Richtung. Da wird munter mitgemacht, und CDU-geführte Behörden drangsalieren unbescholtene Legalwaffenbesitzer inzwischen auch nach allen Regeln der Kunst.

Von der FDP, deren Chef beim Erwerb des Jagdscheins ja gar nicht genug Selfies von sich posten konnte, kommt bestenfalls noch ein bisschen symbolischer Widerstand – und auch das nur, wenn man in der Opposition ist.

Wahrscheinlich klaffen in der Antwort der schwarzgelben Landesregierung deshalb auch auffällige

Lücken. Es wäre doch ausgesprochen interessant, einmal zu wissen, wie viele Straftaten mit Legalwaffen, also durch Notwehr oder Nothilfe, abgewendet werden konnten. Aber das zu ermitteln ist Ihnen, so schreiben Sie, zu aufwendig. Warum nur? Könnte sich vielleicht herausstellen, dass Legalwaffen am Ende mehr Straftaten verhindern, als mit ihnen begangen werden?

Die Frage ist doch, warum Sie, wenn Sie so viel nicht wissen und nicht ermitteln können, wie Sie in Ihrer Antwort immer wieder schreiben, immer weiter an der Verbots- und Gängelungsschraube drehen. Die Zahlen, die Sie geliefert haben, rechtfertigen jedenfalls beim besten Willen keine Verschärfung des Waffenrechts.

Meine Damen und Herren von den Altparteien, Sie misstrauen den Bürgern grundlegend. Für Sie ist das Idealbild offenbar ein wehrloser Bittsteller, dem Sie nach Gutsherrenart vielleicht eine Genehmigung erteilen oder auch nicht.

Wir dagegen glauben an freien Bürgersinn, an das Verantwortungsbewusstsein der Menschen, wie es die erfreulichen Ergebnisse dieser Anfrage noch einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben. Damit knüpfen wir an die beste Tradition deutscher Demokratie an, während die Verbieter und Entwaffner vielleicht mal überlegen sollten, in wessen Tradition sie stehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Als nächster Redner hat für die CDU Herr Abgeordneter Golland das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Gregor Golland (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die über 1.000-seitige Antwort auf die Anfrage der AfD zeigt, wie intensiv und sensibel dieses Thema von unserer Landesregierung behandelt wird. Bis an die Grenze des Zumutbaren sind fast alle Fragen beantwortet und Sachverhalte dargestellt worden.

Die wichtigste Erkenntnis ist, dass Waffen in der Hand der Falschen sehr gefährlich sind und enormen Schaden anrichten können – egal, ob sie legal oder illegal erworben, besessen oder eingesetzt werden. Daher ist es richtig, mit der Verschärfung des Waffenrechts gemäß der EU-Waffenrichtlinie die Verbreitung und Nutzung tödlicher Waffen zu reduzieren und zu kontrollieren.

Dabei wissen wir, dass die große Mehrzahl von Jägern, Sammlern und Sportschützen einwandfrei, verantwortungsvoll und sorgsam mit ihren Waffen umgeht. Dies soll auch zukünftig ermöglicht sein.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir werden die Auswirkungen der Waffenrechtsnovelle analysieren und bewerten. Für politische Instrumentalisierung taugt das Thema jedenfalls nicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Golland. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Kollege Ganzke das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Vorbereitung auf Reden, in denen es um Große Anfragen geht, frage ich mich immer, was mir diese Große Anfrage an Mehrwert gibt.

Ich würde sagen, der erste Mehrwert bzw. die erste Information war hier: In Nordrhein-Westfalen gab es im Jahr 2019 941.256 Waffen – unter anderem fünf Zündnadel-Flinten, eine Stein-/Radschloss-Doppelbüchse und neunzehn sogenannte Schrottdrillinge. Das ist der erste Aspekt.

Das Zweite gibt mir, so muss ich sagen, möglicherweise einen Ansatzpunkt für die Diskussion im Innenausschuss: Im Jahr 2019 gab es in Nordrhein-Westfalen 6.424 sichergestellte illegale Waffen. – Das sind rechnerisch ungefähr 17 bis 18 Waffen, die jeden Tag sichergestellt werden.

Nun gehe ich davon aus, dass bei diesen Zahlen wahrscheinlich auch die Flinte von Oma oder Opa auf dem Speicher dabei war, weiß aber eben auch, dass das ein Aspekt ist, der möglicherweise eines Berichts oder einer Diskussion im Innenausschuss bedürfen könnte.

Obwohl ich nicht immer mit dem Bundesinnenminister einer Meinung bin, habe ich bei der Vorbereitung dieser Rede kurz einen Blick auf die Internetseite des Bundesministeriums des Innern geworfen. Dort steht – ich zitiere mit Erlaubnis der Frau Präsidentin –:

„Die Frage, wer Umgang mit Waffen oder Munition haben darf, ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung von zentraler Bedeutung. Deshalb gibt es in Deutschland ein komplexes Waffenrecht, das den privaten Erwerb und Besitz von Waffen reglementiert.“

Da muss ich Ihnen sagen: Das ist gut so.

Letzte Anmerkung: Ich hätte mir – vor dem Hintergrund, dass Waffen nicht in jedermanns Hände gehören – noch eine Antwort darauf gewünscht, ob möglicherweise alle bekennenden Reichsbürger, die die Existenz dieses Staates ablehnen, nicht mehr in Besitz einer Waffe sind und ob da Waffenbesitzkarten

widerrufen worden sind. – Danach wurde bei dieser Großen Anfrage aber leider nicht gefragt. Das wäre eine spannende weitergehende Information gewesen, die ich gerne gelesen hätte.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir diese beantwortete Große Anfrage zur Kenntnis. – Ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ganzke. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Lürbke das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schaut man sich die Antwort auf die Große Anfrage – viele Zahlen, über 1.000 Seiten – an: was ein Konvolut an Daten! Deswegen vorweg der Dank an das Innenministerium und vor allem die Beamtinnen und Beamten in den datenerhebenden Behörden – das zusammenzustellen ist wirklich eine wahre Leistung. Also: vielen Dank dafür.

Ganz grundsätzlich zu dem Thema: Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich nicht hundertprozentig damit zufrieden bin, wie durch das Dritte Waffenrechtsänderungsgesetz der Bundesregierung die 2017 geänderte EU-Feuerwaffenrichtlinie in nationales Recht umgesetzt wurde. Ich glaube, statt einer moderaten Ausgestaltung im Sinne der EU-Richtlinie – das kann man festhalten – ist das deutsche Waffenrecht jetzt so streng wie in keinem anderen Mitgliedsstaat. Ob das mit diesen Maßnahmen wirklich so einen Mehrwert hat, wage ich ein Stück weit zu bezweifeln.

Ich bitte darum, das nicht falsch zu verstehen. Ich bin immer sehr dabei, im Einklang mit Freiheit und Sicherheit konsequent und vor allem zielgerichtet Maßnahmen zur Steigerung der inneren Sicherheit herbeizuführen. Absolut d'accord. Aber mit dieser Änderung auf Bundesebene hat das in meinen Augen nicht geklappt. Denn die dortigen Änderungen haben im Kampf gegen Extremismus und schwere Kriminalität, glaube ich, keinen echten Mehrwert.

Im Grunde treffen die Änderungen die Falschen: Jäger, Sportschützen. Wie auch der vorliegenden Antwort der Landesregierung zu entnehmen ist, machen ja alleine diese beiden Gruppen knapp 70 % der erteilten Erlaubnisse aus.

Ich will es deutlich sagen: Dabei handelt es sich um Bürgerinnen und Bürger, die in der überwältigenden Mehrheit mit großer Verantwortung ihre Sportarten betreiben oder nach Bestehen des Jagdscheines, des sogenannten grünen Abiturs, Säule für die nachhaltige Kontrolle des Wildbestandes sind. Jäger leisten in Deutschland einen besonderen Beitrag zum Artenschutz. Sportschützen leben die Traditionen,

die gerade bei uns in Nordrhein-Westfalen und auch in meiner Heimat OWL und Paderborn von herausragender Bedeutung sind.

Kurzum: Das sind keine schießwütigen Irren. Das sind keine schießwütigen Verrückten. Das sind verantwortungsvolle Mitglieder unserer Gesellschaft.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dennoch werden die durch das Änderungsgesetz ein Stück weit benachteiligt. Ich halte das für falsch. Denn durch ein modernes Waffengesetz muss ja die Entwaffnung von Extremisten möglich sein. Wenn man ehrlich ist: Das war es auch vor der Novelle schon. Aber gleichsam darf auch kein legaler Waffenbesitzer unter Generalverdacht gestellt werden. Wie gesagt, den Mehrwert sehe ich nicht.

Aus der Antwort geht hervor: Allein im Jahr 2019 lagen insgesamt 507.415 waffenrechtliche Erlaubnisse vor. Mit 259 von diesen Waffen wurden Straftaten begangen. Das sind – das ist keine Frage – 259 zu viel. Darunter sind auch dramatische Fälle. Aber wenn wir das rational beurteilen: Das ist ein Prozentanteil von 0,001 %.

Ich meine, wir sollten das nicht als Schwerpunkt bei unseren Diskussionen im Schaufenster stehen haben, sondern wir müssen über wirklich wirksame Möglichkeiten diskutieren, wie wir gerade illegalen Waffen in diesem Land begegnen. Wir müssen darüber reden, warum sich viele Bürger überhaupt weiter bewaffnen wollen. In der Antwort auf die Anfrage ist ja auch zu sehen, wie sich die Zahl der Kleinen Waffenscheine weiterentwickelt hat. Darüber müssen wir reden. Wir müssen die Scheinwerfer auf die richten, die eben keine behördliche Waffenerlaubnis haben und trotz Waffenbesitzes gar nicht haben wollen oder auch niemals bekommen sollten, also Extremisten, Terroristen, Kriminelle.

Hartmut Ganzke hat völlig recht: Die Frage nach den Reichsbürgern habe ich auch jedes Mal gestellt, wenn wir uns in den letzten Jahren damit beschäftigt haben. Da müssen wir ran. Ein weiteres Thema sind die sichergestellten illegalen Waffen. Wie gehen wir mit Waffen aus dem 3D-Drucker um? Das sind Punkte, die wir nach meiner Auffassung ganz besonders diskutieren müssen, ebenso Waffen auf dem Schwarzmarkt.

Es gibt viele Themen bei der Waffenrechtsdebatte, über die wir reden müssen, aber wir sollten unsere Jäger und Sportschützen dabei nicht unter Generalverdacht stellen. – Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Als nächste Rednerin hat für

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Schäffer das Wort.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich einem meiner Vorredner an, der darauf hingewiesen hat, dass diese Große Anfrage eine Zumutung ist. Ich halte es auch für eine Zumutung, in welcher unsäglichen Weise dieses Thema „Waffenbesitz“ mit der Zuwanderungsdebatte vermengt wird. Das ist meines Erachtens auch eine Zumutung, weil die Polizei hier aus meiner Sicht von ihrer wichtigen Arbeit abgehalten wird, und das ohne nennenswerten Erkenntnisgewinn, den ich aus dieser Großen Anfrage ziehen könnte.

Mir erschließt sich nicht, inwiefern solche Informationen, dass das Polizeipräsidium Aachen im Jahr 2016 eine Pistole der Marke Firebird mit einem Kaliber 9 mm sichergestellt hat oder wie viele Zündnadelrevolver bei der Kreispolizeibehörde Gütersloh registriert sind, uns in der Debatte über die Verschärfung des Waffenrechts irgendwie weiterbringen können. Vielleicht erschließt es sich auch nur denjenigen, die – wie in rechten Kreisen üblich; das muss man hier, glaube ich, schon auch einmal sagen – auch eine besondere Affinität zu Waffen haben.

Die AfD hat ja offenbar versucht, hier Zuwanderer als Personen darzustellen, die besonders viele Straftaten mit Waffen begehen. Das trifft nach diesen Zahlen aber nicht zu. Das ist schon eine wichtige Erkenntnis aus dieser Großen Anfrage. 80 % der Straftaten im Sinne des Waffengesetzes wurden von Deutschen begangen. Bei den Nichtdeutschen kommt die Mehrheit aus dem EU-Ausland. Der Anteil von Geflüchteten ist dabei verschwindend gering. Das ist jetzt hier in der Debatte noch nicht genannt worden. Dass die AfD es nicht aufgegriffen hat, wundert vielleicht nicht, weil es nämlich nicht zu ihrem Weltbild passt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch eines deutlich sagen, weil hier gerade schon das Thema „legaler Waffenbesitz“ andiskutiert wurde und die Frage, welche Waffen erlaubt sind und für welche Zwecke: Natürlich muss man sagen, dass immer noch unter Verwendung von illegalen Waffen mehr Straftaten begangen werden als mit legalen Waffen. Gleichwohl – das finde ich für die Debatte auch wichtig – hat sich die Zahl der Straftaten mit legalen Waffen immerhin verdoppelt, von 130 Straftaten im Jahr 2018 auf 259 in 2019. Deshalb, finde ich, kann man nicht einfach so wegwischen, dass auch eine Gefahr von legalen Waffen ausgeht.

Ja, es gibt bestimmt verantwortungsvolle Menschen, die einen Waffenschein haben, die Waffen besitzen. Aber ich meine wirklich, man darf die Gefahr von legalen Waffen nicht verharmlosen.

Ich mache das gerne an zwei Beispielen deutlich. Wir waren vor einem Jahr alle entsetzt über den Mord an Walter Lübcke in Kassel, der von jemandem ermordet worden ist, der ganz legal Waffen besessen hat. Genauso wurde das Attentat in Hanau mit legalen Waffen verübt. Das muss man in so einer Debatte mit betrachten.

Wenn die Bundesregierung derzeit davon ausgeht, dass in der Bundesrepublik, also bundesweit, über 900 Rechtsextreme über eine waffenrechtliche Erlaubnis verfügen und dementsprechend sehr wahrscheinlich auch legal Waffen besitzen, dann muss man das zumindest mit in die Betrachtung hineinnehmen. Dann darf man den Besitz von legalen Waffen nicht verharmlosen.

Ganz im Gegenteil: Meines Erachtens gibt es vor diesem Hintergrund gute Gründe für eine strenge Handhabung, was das Thema „Waffen“ angeht.

Wenn ich mir ansehe, wie viele Vor-Ort-Kontrollen tatsächlich stattfinden – das ist natürlich eine personelle Frage; völlig klar –, sind mir das eigentlich zu wenige. Umso wichtiger ist es, dass wir die Debatte hier führen.

Gerade wurde die letzte Waffenrechtsverschärfung angesprochen. Diesbezüglich hatten wir Grüne durchaus noch weiter gehende Vorstellungen, auch in Bezug auf halbautomatische Waffen. Aus unserer Sicht hätte man da auf Bundesebene weiter gehen müssen. Dabei handelt es sich aber um ein Bundes-thema, über das wir auf Landesebene gar nicht zu beschließen haben.

Ich will hier aber vor allen Dingen noch einmal sagen – ich denke, das ist auch rübergekommen –: Weder bei illegalen Waffen noch bei legalen Waffen kann und darf man bestreiten, dass von ihnen eine große Gefahr ausgeht. Wir müssen deshalb bei diesem Thema sehr sensibel sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Reul das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben als Landesregierung natürlich die Aufgabe erfüllt, die Große Anfrage zu beantworten, ohne jedoch bewerten zu können, wie es sich im Einzelnen verhält. Zunächst haben wir all die statistischen Daten vorgelegt, die im Nationalen Waffenregister enthalten sind. Darüber hinaus wurde nach weiteren Daten gefragt, zu denen keine Statistik geführt wird.

Mein Ministerium – das will ich hier schon vortragen – musste erhebliche und außerordentlich qualifizierte Personalressourcen aufwenden, um

die vielen detaillierten Fragen zu beantworten. Diese Beantwortung hat erhebliche Zeit in Anspruch genommen und zahlreiche Kräfte des gehobenen und höheren Dienstes im Ministerium und in den nachgeordneten Behörden wie dem LZPD, dem LKA und den Waffenbehörden über längere Zeit gebunden.

An einigen wenigen Stellen liegt auch kein verwertbares oder zu beschaffendes Datenmaterial vor. In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage wird das detailliert beschrieben und erläutert. Ich lade Sie alle ein, sie ganz eingehend zu lesen; denn bei diesem Aufwand wäre es sehr gut, wenn sie ausführlich studiert würde.

Ich möchte an dieser Stelle auch anmerken, dass für die Fragen, die nicht beantwortet werden konnten, zwei Beschäftigte pro Kreispolizeibehörde 48,96 Monate zur Datenerhebung eingesetzt werden müssten. Diese 94 Beschäftigten würden dann gut vier Jahre nichts anderes mehr machen und damit auch keine Straftaten im Bereich des Waffenrechts verhindern können. Das will ich einfach nur als Anregung für künftige Große Anfragen vortragen.

Etwas anderes als diese ganzen Zahlen, der Aufwand und die Frage, welchen Ertrag das bringt, ist dann die Gelegenheit, bei einem solchen Tagesordnungspunkt einige politische Aussagen machen zu können.

Die große Anzahl, die Mehrzahl der letzten schrecklichen Anschläge wurde mit legalen und nicht mit illegalen Schusswaffen verübt. Ich darf daran erinnern: Hanau 11 Tote; Rot am See, 24. Januar 2020, 6 Tote. Ich darf auch an den Anschlag auf den Kasseler Regierungspräsidenten erinnern.

In Deutschland sprechen wir über derzeit 5,4 Millionen Waffen bzw. Waffenteile, die sich im Privatbesitz befinden. In Nordrhein-Westfalen sind es 900.000.

Aus der Sicht unseres Hauses und aus der Sicht des Innenministers, der für die Bevölkerung und für das staatliche Gewaltmonopol verantwortlich ist, muss man auf einige Grundsätze hinweisen.

Waffen gehören nicht in die Hände von Menschen, die damit nicht sorgfältig umgehen; dabei ist es egal, ob das Verbrecher oder andere Menschen sind. Der Kreis der Berechtigten muss darum möglichst klein gehalten werden, und es muss klare Vorschriften zum Umgang mit Schusswaffen geben, deren Einhaltung auch kontrolliert werden muss. Das bedeutet nicht, dass Jäger oder Sportschützen damit unter Generalverdacht geraten.

Mich stört bei dieser Debatte massiv, dass wir uns das nicht differenziert ansehen können. Das Problem ist, dass Waffen, egal, in welchen Händen sie sich befinden, immer zu sportlichen Zwecken benutzt werden können. Sie können aber auch genutzt

werden, um Menschen zu töten. Das findet leider viel zu oft statt.

Die Gründe liegen nicht darin, ob sie illegal oder legal sind. Leider ist das komplizierter. Deswegen müssen wir uns darauf einstellen. Daher hat die Landesregierung auch der Verschärfung des Waffengesetzes zugestimmt.

Mir wird es weiterhin ein großes Anliegen sein, dass wir sehr sorgfältig mit der Waffenrechtsgesetzgebung und der damit zusammenhängenden Kontrolle umgehen. Das gilt, um ein Beispiel zu nennen, für die soeben neu geregelte Einschaltung des Verfassungsschutzes bei den Zuverlässigkeitsprüfungen.

Zum Ersten weisen wir also auf den Aufwand und den Ertrag bei solchen Großen Anfragen hin.

Zum Zweiten empfehle ich uns, die politische Debatte zum Thema „Waffenrecht“ möglichst differenziert zu führen. Waffen sind saugefährlich. Sie sind irre gefährlich. Deswegen muss man aber nicht alle in Misskredit bringen, die mit Waffen umgehen. Diese Unterscheidung muss erfolgen. Diesen Unterschied muss man sich genau ansehen.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Weitere Wortmeldungen haben wir nicht. Damit schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass die Beratung der Großen Anfrage 18 der Fraktion der AfD abgeschlossen ist.

Wir kommen zu:

10 Anforderungen an den Landeshaushalt 2021 – Ein Haushalt für die Vielen: solidarisch, zukunftsorientiert und gerecht

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10639

Diesen Antrag begründet jetzt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Das ging jetzt etwas schnell. Ich war gerade dabei, mir die wichtigsten kommenden Termine einzutragen, nämlich die Bundesligaspiele von Borussia Mönchengladbach. Ich hoffe aber, dass ich den Übergang jetzt hinbekomme.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und der FDP)

Wir sind eine Opposition, die viel kritisiert. Das liegt daran, dass diese Landesregierung so viele Gelegenheiten und Notwendigkeiten gibt, zu kritisieren. Wir sind aber auch eine Opposition, die konkrete Vorschläge macht, wie es besser werden kann.

Die Landesregierung hat sich dafür entschieden, den Landeshaushalt erst nach der Kommunalwahl einzubringen. Das haben wir so zu akzeptieren. Wir wollen die Chance der gewonnenen Zeit aber nutzen, Ihnen ein Angebot zur Zusammenarbeit bei der Umsetzung konkreter Vorschläge zum Haushalt vorzulegen.

Wir halten das auch für extrem notwendig, weil wir glauben, dass es großen Handlungsbedarf in der bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise durch Corona gibt, und den Eindruck haben, dass diese Landesregierung auf diese Krise eher phlegmatisch reagiert und nicht die notwendigen Schritte unternimmt.

Wenn wir im Haushalts- und Finanzausschuss über unsere Vorschläge diskutieren, kommen meistens folgende Sätze: Wir warten erst einmal ab. Wir haben das im Blick. Wir schauen erst einmal. – Wir glauben schlicht und einfach, dass das keine angemessene Reaktion auf die bestehende Krise ist. Unseres Erachtens muss es stärkere Reaktionen geben – insbesondere beim anstehenden Haushalt.

Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, die angesprochenen wichtigen Punkte in ihren Haushalt aufzunehmen, um der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise entgegenzuwirken.

Wir müssen eine Pleitewelle der Unternehmer in den besonders von der Krise betroffenen Branchen verhindern. Wir haben über Schausteller, Veranstalter und viele andere diskutiert. Hier braucht es die Unterstützung des Landes.

Der Ministerpräsident hat – wie üblich nicht von diesem Pult aus, sondern beim Unternehmertag, während wir getagt haben – staatliches Handeln in der Wirtschaftskrise eingefordert. Ich hätte auch jetzt Herrn Laschet wieder gerne gesagt: Fordern Sie staatliches Handeln nicht draußen ein, sondern setzen Sie es hier in diesem Haus um. Sie regieren und haben die Möglichkeit dazu. Handeln Sie endlich!

Handeln Sie genauso – über diese Frage haben wir gerade ausführlich diskutiert – bei den Kommunen. Die zuständige Ministerin hat in der Debatte zur Alt-schuldenlösung kein einziges Wort dazu verloren. Das kann einem nur Sorge machen. Sie müssen endlich einsehen, dass weder die soziale noch die wirtschaftliche Krise ohne handlungsfähige Kommunen zu bewältigen ist.

Ich finde es sehr bedenklich, wenn die FDP hier sagt, dass man den Kommunen nicht alle Einnahmeausfälle erstatten könne. Das Land erstattet sich auch alle Einnahmeausfälle aus dem Rettungsschirm. Ich finde, dass das dann auch für die Kommunen gelten muss. Wir müssen die Kommunen vor dem Ruin bewahren.

Wir müssen auch endlich in die Zukunft investieren. Wir haben erhebliche Investitionsbedarfe. Bei der Infrastruktur, bei den Schulen und in vielen anderen